

# Amts- und Anzeigebblatt

für den

## Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

**Abonnement**  
viertelj. 1 M. 50 Pf. einschließl.  
des „Aust. Unterhaltungsbl.“  
u. der Humor. Beilage „Seifen-  
blasen“ in der Expedition, bei  
unseren Boten sowie bei allen  
Reichspostanstalten.  
Telegr.-Adresse: Amtsblatt.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: Emil Hannebohn in Eibenstock.

**Erscheint**  
täglich abends mit Ausnahme der  
Sonn- und Feiertage für den fol-  
genden Tag. Insetionspreis:  
die Kleinspaltige Zeile 12 Pf. Im  
amtlichen Teile die gespaltene  
Zeile 30 Pf.  
Fernsprecher Nr. 210.

**N 32.**

**Mittwoch, den 9. Februar**

**1910.**

### In dem Konkursverfahren

über das Vermögen des Bäckereimeisters **Erwin Elehardt Schreiter** in **Hundshübel** soll mit Genehmigung des Konkursgerichtes die Schlussverteilung erfolgen. Hierzu sind ausschließlich etwaiger Sparassenzinsen verfügbar: 172 M. 83 Pf.

Von diesem Betrage sind die Kosten des Verfahrens zu kürzen.  
Der Rest ist auf 10406 M. 41 Pf. nichtbevorrechtigte Forderungen zu verteilen.  
Bevorrechtigte Forderungen sind nicht vorhanden.  
Eibenstock, den 8. Februar 1910.  
Ortsrichter **Meichner**, Konkursverwalter.

### Besserung am Balkan.

Die Zeiten, wo auf dem Balkan das plötzliche Losgehen eines Flintenschusses genügt, um folgenschwere Krisen herbeizuführen, scheinen für immer vorbei zu sein. Schon mehr wie einmal hat in den letzten Jahren die Situation auf des Messers Schneide gestanden, aber immer wieder war es der Intervention der Mächte gelungen, weitergehende folgenschwere Verwicklungen zu vermeiden, und den Brand im Entstehen zu löschen. Auch jetzt schien man am Vorabend erster Ereignisse sich zu befinden, die Kretafrage hatte sich aufs schärfste zugespitzt. Die Einberufung der griechischen Nationalversammlung war anscheinend dazu bestimmt, einen folgenschweren Beschluß hinsichtlich der Stellung Kretas zu Griechenland herbeizuführen. Dem gegenüber traf man in Konstantinopel begreiflicherweise alle Vorbereitungen, weil man einen derartigen Streich unmöglich ruhig hinnehmen konnte. Diese Rüstung wurde anfänglich vielfach falsch aufgefaßt, man glaubte, daß sie gegen Bulgarien gerichtet war, wo wegen der kriegsgerichtlichen Aburteilung mehrerer Bulgaren in Saloniki unter der Bevölkerung große Erregung herrschte. Es wurde sehr bald klar, daß die türkischen Maßnahmen nur gegen Griechenland gerichtet waren und dieses entscheidende Auftreten hat wohl seine Wirkung nicht verfehlt. Gleichzeitig ließen die Mächte nichts unversucht, um in Athen zur Vernunft zu mahnen und allem Anschein nach hat man wohl durchblicken lassen, daß Griechenland bei einem eventuellen Konflikt nichts zu erwarten hätte, sondern nur bedeutend verlieren und seine Ansprüche auf Kreta vielleicht für immer aufgeben könne. Die Einberufung der Nationalversammlung wurde auf Ende d. J. verschoben, um in der Zwischenzeit die Gemüter zu beruhigen und dafür Vorkehrungen zu treffen, daß keine übereilten Beschlüsse gefaßt würden. Gleichzeitig erschien auch der griechische Gesandte in Konstantinopel beim Großvezir, um zu versichern, daß seine Regierung von den freundschaftlichsten Gefühlen für die Türkei befeelt sei. Die Krise scheint also für den Augenblick beschworen zu sein, in der Hauptsache infolge der energischen Intervention der Mächte, welche den Kretern eine eindringliche Warnung zukommen ließen, die griechische Nationalversammlung etwa zu beschiden. Insbesondere drohte man, sofort Truppen der Schutzmächte landen zu lassen, um alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen, damit der Standpunkt der Mächte respektiert würde. Bei diesem Schritt hatte man loyaler Weise nicht verfehlt, auch Deutschland und Oesterreich-Ungarn in Kenntnis zu setzen. Man will eben jetzt alles vermeiden, was zu Reibungen irgend welcher Natur führen könnte, allseitig herrscht das Friedensbedürfnis vor. Den besten Beweis hierfür bildet die im Wege befindliche Annäherung zwischen Rußland und Oesterreich-Ungarn, nachdem der serbische Konflikt eine der schwersten Verstimmungen im Gefolge hatte, die in den letzten Jahren zu verzeichnen waren. Von heute auf morgen wird diese Annäherung freilich nicht vollzogen sein, die Gegensätze sind noch immer groß, jedenfalls kann man aber mit Genugtuung konstatieren, daß allem Anschein nach auf beiden Seiten die Reigung zu einer Verständigung vorherrscht, weil man sich sagt, daß eine Fortdauer derartiger Differenzen doch eines Tages zu neuen und schweren Verwicklungen führen könnte. Die zu offiziellen Kundgebungen vielfach benutzte „Wiener Politische Korrespondenz“ bestätigt, daß auf beiden Seiten Geneigtheit zu einer Wiederannäherung besteht; auch dürfte die Nachricht viel für sich haben, daß in absehbarer Zeit der Thronfolger Franz Ferdinand sich nach Petersburg begeben, um so auch äußerlich die Besserung der beiderseitigen Beziehungen zu dokumentieren. Eine Verständigung beider Mächte, insbesondere eine Einigung über den Balkan, wäre ein in jeder Beziehung freudig zu begrüßendes Unterpfand für die Erhaltung des Weltfriedens.

### Tagesgeschichte.

#### Deutschland.

Der Kaiser besuchte am Montag den Reichskanzler und nahm sodann im Berliner Schloß den Vor-

trag des Chefs des Zivilkabinetts von Valentini entgegen. — Am heutigen Dienstag findet im Berliner Schloße der Fastnachtsball bei Hofe statt, womit die Hoffestlichkeiten dieser Saison ihr Ende erreicht haben.

— Eine Verlobung der Prinzessin Viktoria Luise? Aus London wird berichtet, Prinzessin Viktoria Luise von Preußen werde der Königin Alexandra von England während dieses Frühjahrs oder Sommers einen Besuch rein privater Natur in Sandringham abstaten. Die Königin habe die Prinzessin, die ihr besonderer Liebling sei, vor einiger Zeit selbst eingeladen. Später würden Kaiser Wilhelm II. und die Kaiserin zu einem offiziellen Besuch nach England kommen, und dann würde zu ihren Ehren und um die junge Prinzessin gewissermaßen in die englische Gesellschaft einzuführen, auch ein großer Hofball im Schloße Windsor gegeben werden. Es gehen wieder Gerüchte, daß die Prinzessin Viktoria Luise dem Prinzen Arthur von Connaught als Gemahlin zugebacht sei.

— Fürst Bülow bleibt in Rom. Die unlängst verbreitete Nachricht, Fürst Bülow werde nach Berlin reisen, um an dem Familientag derer von Bülow teilzunehmen, ist unrichtig. Fürst Bülow wird Rom in nächster Zeit nicht verlassen.

— Osterferien des Reichstages. Am 18. kommenden Monats geht der Reichstag in die Osterferien, vor deren Antritt er den Etat erledigt haben soll.

— Die deutsch-amerikanischen Handelsbeziehungen. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt unterm 7. Februar: Das Gesetz betr. die Handelsbeziehungen zu den Vereinigten Staaten von Amerika, das der Reichstag am Sonnabend ohne Debatte in drei Lesungen angenommen hat, ist heute im „Reichsgesetzblatt“ veröffentlicht worden. Im Anschlusse daran ist eine Bekanntmachung des Reichskanzlers erschienen, nach welcher der Bundesrat beschloffen hat, daß auf die Erzeugnisse der Vereinigten Staaten von Amerika vom 8. d. M. ab die in den geltenden Handelsverträgen zugestandenen Zollsätze anzuwenden sind. Es ist zu erwarten, daß heute auch der Präsident Taft eine Proklamation erläßt, welche den deutschen Erzeugnissen die Vergütung nach den Sätzen des amerikanischen Minimaltarifs sichert. Der Handelsverkehr zwischen beiden Ländern wird sich somit bis auf weiteres auf der Grundlage vollziehen, daß sie sich gegenseitig autonom als meistbegünstigt behandeln.

— Der deutsch-portugiesische Handelsvertrag. Nachdem der deutsch-portugiesische Handelsvertrag vom Reichstage genehmigt ist, steht, da die portugiesischen Cortes ihn schon früher angenommen haben, seiner Ratifikation nichts mehr im Wege. Sie dürfte denn auch bald vollzogen werden, und zwar dergestalt, daß die Ratifikationsurkunden in Berlin ausgetauscht werden. Nach dem Wortlaut des Vertrages wird er nach Ablauf von zwei Wochen nach dem Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft treten und während der acht folgenden Jahre in Kraft bleiben. Jedoch haben sich die vertragschließenden Teile das Recht vorbehalten, den Vertrag zwölf Monate vor Ablauf des fünften Jahres mit der Wirkung zu kündigen, daß er nach Ablauf des fünften Jahres seine Geltung verliert. Wird von dieser Kündigungsmöglichkeit kein Gebrauch gemacht, so wird der neue Handelsvertrag bis zum Februar des Jahres 1918 Geltung haben. Die Mehrzahl der Tarifverträge, die Deutschland mit ausländischen Staaten abgeschlossen hat, laufen bekanntlich bis zum Ende des Jahres 1917.

— Verlängerung des deutsch-schwedischen Handelsvertrages. Zwischen den Regierungen des Deutschen Reichs und Schwedens hat ein Notenwechsel stattgefunden, um eine provisorische Verlängerung des deutsch-schwedischen Handelsvertrages herbeizuführen. Der zurzeit geltende Vertrag vom 8. Mai 1906 läuft mit Jahreschluß ab und erlischt auch ohne formelle Kündigung. Die Verhandlungen über einen neuen Handelsvertrag werden zunächst dadurch aufgehalten, daß Schweden nach berühmten Vorbildern erst einen neuen Zolltarif einführen will, ehe es mit auswärtigen Staaten über den Abschluß von Handelsverträgen in Unterhandlung tritt. Die Erledigung des Zolltarifs im schwedischen Reichstag wird

sich voraussichtlich bis zur Mitte des laufenden Jahres hinziehen, so daß nicht genügend Zeit bleiben dürfte, um die deutsch-schwedische Angelegenheit in Ruhe zu ordnen. Daher soll die Dauer des bisherigen Handelsvertrages noch um elf Monate verlängert werden, um zu verhüten, daß zeitweilig ein vertragsloser Zustand Platz greift. Eine hierauf abzielende Vereinbarung, die durch den Notenaustausch bewirkt ist, wird dem Reichstage binnen kurzem zugehen.

— Deutschland und Marokko. Die höchst unerquidlichen handelspolitischen Beziehungen Deutschlands zu Marokko werden noch sehr lange die öffentliche Meinung beschäftigen müssen, denn immer neue Klagen laufen von unseren Handelskammern über starke Benachteiligung Deutschlands bei dem Handelstag ein. So haben die Handelskammern von Hamburg, Leipzig, Nürnberg, Offenbach bestätigt, daß es für Deutsche unmöglich sei, sich an Lieferungen von Militär- und Bekleidungsstücken für Marokko zu beteiligen. Sehr interessante Mitteilungen sind dem Handelstag von Leipzig aus gemacht worden, die in der Tat zeigen, daß der deutsche Kaufmann triftigen Grund hat, unzufrieden zu sein: Die Kammer schreibt: Insbesondere wird hier auch über die Kürze der Lieferzeiten geklagt, die z. B. bei den Lieferungen für die Polizeitruppen in Marokko derartig knapp angelegt waren, daß es überhaupt unmöglich war, die Stoffe in der Zeit fertigzustellen. Auffallenderweise aber hatten, wie uns mitgeteilt wird, die französischen Fabrikanten die benötigten Militärstücke auf Lager und erhielten infolgedessen die Lieferung zugesprochen. Wie es kam, daß die französischen Fabrikanten die Tuche bereits vorrätig hatten, vermag man uns nicht anzugeben, es wird vermutet, daß die französische Regierung ihrer Sache so sicher gewesen ist, daß die Fabrikanten schon vor Ausschreibung der Lieferung die Tuche in Arbeit gegeben haben, so daß die Ware bereits fertig war, als Frankreich die Lieferung zugesprochen erhielt. Weiterhin wird bemängelt, daß in der Kommission, die derartige Orders zu erteilen hat, nur Franzosen sitzen und höchstens ein Deutscher, was ebenfalls schuld daran sei, daß die Deutschen bis jetzt bei den Ausschreibungen immer durchgefallen sind. — Die Leipziger Fabrikanten und die nach Marokko arbeitenden Firmen haben schon seit Jahren versucht, eine Besserung der Verhältnisse zu erzielen, aber alle ihre nach Tanger und Berlin gerichteten Beschwerden hatten keinen Erfolg. — Das sind doch sehr positive Angaben, auf die eine Antwort der Reichsregierung angebracht wäre.

— Eine Reichsanstalt für Luftschiffahrt. Die nationalliberale Fraktion hat zum Etat des Reichsamt des Innern folgende Resolution eingebracht: „Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, die Gründung und Unterhaltung einer Reichsanstalt für Luftschiffahrt und Flugtechnik in Friedrichshafen möglichst bald in die Wege zu leiten.“

— Hochseeflotte. Unsere Hochseeflotte wird demnächst eine größere Übungsfahrt unternehmen, die insofern immerhin weitgehendes Interesse beanspruchen wird, als sich unsere beiden ersten Dreadnoughts „Rassau“ und „Westfalen“ daran beteiligen werden. Daran ist kein Zweifel mehr, daß die beiden Schiffe ganz vorzüglich gelungen sind; die Geschwindigkeit ist größer als man erwartet hatte. So hat „Westfalen“ auf der Probefahrt bei Reutrug eine mittlere Geschwindigkeit von 20,25 Knoten erzielt. Die Funkentelegraphie hat vorzüglich funktioniert und bei unserer Marine ist jetzt durch diese technischen Fortschritte ein Nachrichten-Übertragungsmittel überflüssig geworden, von dem man sich ja einst so unendlich viel versprochen hatte. Die Marine hat nämlich beschlossen, auf das Briestaubenwesen zu verzichten, im Landheer leisten die Briestauben ja noch vorzügliche Dienste, aber auf dem Wasser hatten sie doch immerhin mit sehr großen Schwierigkeiten zu kämpfen.

#### Frankreich.

— Das neue französische Marineprogramm wird einen Kredit von 1400 Millionen Francs erfordern, der sich auf 10 Jahre verteilt.

#### England.

— Das neue Unterhaus nimmt am Dienstag





